



London beschlossen worden ist. Diese Denkschrift, die im Wortlaut der deutsche Entwurf ist, wird die Zustimmung der Konferenz in sich behaltend eingehend die Kriegs- und Friedensfragen; wird sie feinerzweit in der Parteipresse besprochen werden. Am letzten Sonntag, der sich mit den Möglichkeiten einer internationalen Konferenz beschäftigt, heißt es:

Die Konferenz betrachtet es als eine bedeutende Verbindung für eine internationale Konferenz, dass die Organisations der Konferenz sich bereitwillig, doch alle zur Vertretung gelangenden Organisationen in einer öffentlichen Erklärung ihre Friedensbedingungen in bestimmter Form in Uebereinstimmung mit den Grundgedanken feststellen. Keine Annahmen oder Strafen, einschließlich und Recht aller Völker auf Selbstbestimmung, und daß sie alles in ihrer eigenen Sache aufsuchen, um von ihren Regierungen die notwendigen Verfügungen für die ethische und vorbehaltlose Anwendung dieser Grundzüge auf alle bei irgendeiner amtlichen Friedenskonferenz zu erzielenden Fragen zu erlangen.

Am Schluß der Denkschrift werden die Sozialisten der Zentralämte auf eine Antwort ersucht und die Hoffnung ausgesprochen, daß sie sich den gemeinsamen Bemühungen der Internationalen anschließen werden.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat in seiner Antwort erklärt, die Partei sei bereit, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, wie sie während des ganzen Krieges alle darauf hingelenkten Weisungen befolgt unterstellt habe. Aber unsere Stellung zu den Friedensbedingungen ist dabei festgelegt ausgeführt worden:

Der Brief wendet nun weiter, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands öffentlich eine Erklärung über ihre Friedensbedingungen abgibt. Die deutsche Partei hat solche Erklärungen bereits mehrfach abgegeben. Sie hat sich durch ihre Reden im Reichstag und in öffentlichen Versammlungen stets zu einem verbindlichen Standpunkt, der alle Völker und alle Nationen umfaßt, auf Grund der Selbstbestimmungsrechte aller Völker ausgesprochen. Die Sozialdemokratische Delegation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in ihrem ihnen bekannten Memorandum zur Friedensfrage eingehend Stellung genommen. Der Würzburger Parteitag hat dieses Memorandum gebilligt. Wir haben keine Gründe, uns von den Grundgedanken abzugeben, der Öffentlichkeit in ihrem Wortlaut übermittelten Erklärungen loszulassen.

Im Hinblick auf vorhererhin Differenzen über die materiellen oder geschäftlichen Verbindungen der Konferenz vorzugehen, gingen wir noch einen Schritt weiter und erklärten zu gleicher Zeit dem Genossen Trevelin, wir seien auch einverstanden, wenn die Sozialdemokratische Partei Deutschlands einen Komitee zur Verhandlungsgrundlage der internationalen Konferenz gemacht würde. Dabei mußten wir allerdings zwei Vorbehalte machen. Wir haben uns nicht wie vor für die Wiederherstellung eines unabhängigen Völkern erklärt, machen jedoch geltend, daß über die darüber hinausgehenden Forderungen der neutralen Denkschrift, die wir in der Denkschrift über die Selbstbestimmung nicht betonen. Weiter haben wir erklärt, in der ethischen Frage an jedem einzelnen der Völker Erklärungen festhalten zu müssen. Außerdem haben wir keinen Zweifel gelassen, daß der Friede für uns nicht unabänderlich ist, und ein allgemeiner Weltfrieden über unsern eigenen Frieden hinausgeht. Auch diese Erklärungen sind klar und bestimmt formuliert worden. Wenn bei Sondergen darüber Mißverständnisse aufkommen, so nur infolge der Mißverständnisse der Genossen-Regierungen.

Damit glauben wir den Vorschlägen der Verhandlungssozialisten in ihrer Denkschrift werden uns auch in den nächsten Standpunkt präzis formuliert zu haben. Es bestand Uebereinstimmung über die in der Denkschrift festgelegten Grundzüge der Friedensbedingungen, auch die verlangte Erklärung zu den Friedensfragen im einzelnen war durch Bejahung auf unsere Sozialdemokratische Denkschrift bzw. durch unsere Erklärungen zum neutralen Denkschrift gegeben.

Sondergen ist indes anderer Meinung. Er macht uns zum Vorwurf, daß wir unsere Haltung nicht geändert hätten, und erklärt kategorisch, daß die Verhandlungssozialisten ihrerseits fest auf den Beschlüssen der internationalen Konferenz bestehen müssen. Sondergen erklärt, was, obwohl wir, wie dargestellt, einen erheblichen Schritt weitergegangen sind, nicht als ein Fortschritt, sondern gleich im zweiten Absatz gesagt wird:

Die Konferenz steht auf dem Standpunkt der folgenden, am 14. Februar 1915 einstimmig angenommenen Resolution der Konferenz der Arbeiter- und Sozialistinnenparteien der alliierten Länder.

Und nun folgt der volle Wortlaut dieser Entschließung, deren Einseitigkeit durch folgenden Passus illustriert wird:

Sie (die Sozialisten der alliierten Länder) verlangen, daß überall in aller, einschließlich der ganzen Welt, die Selbstbestimmungsrechte aller Völker, die mittels Gewalt unterdrückt worden sind, ihr volles Recht der Selbstbestimmung wiedererlangen sollen. Warum das Selbstbestimmungsrecht nicht für alle Völker — auch die außerhalb Europas — Anwendung finden soll, ist vom sozialistischen Standpunkt nicht verständlich. Von der gleichen Einseitigkeit ist die Londoner Denkschrift insbesondere bei der Stellungnahme zu den einzelnen Gebieten. So bei der ethischen Frage, den italienischen Ansprüchen, die mit „marxistischer Sympathie begriffen“ und „unterstützt“ werden; dem Schicksal Österreichs und der Türkei; die Armenien, Mesopotamien und Arabien nicht behalten dürfen. Für die Kolonien, in Afrika, von Meer zu Meer, einschließlich der ganzen Welt, sind die Selbstbestimmungsrechte aller Völker, die mittels Gewalt unterdrückt worden sind, ihr volles Recht der Selbstbestimmung wiedererlangen sollen. Sie sollen unter ein vom Völkerbund zu schaffendes und von ihm zu unterhaltendes Kontrollsystem gestellt werden. Warum soll dieses Kontrollsystem zum Schutze der Eingeborenen nicht auch ausgedehnt werden auf die außerhalb dieses begrenzten Gebietes lebenden Völker? Doch jeder ganz offensichtliche Einseitigkeit der Londoner Denkschrift scheint Sondergen doch der Meinung zu sein, daß bei

den Verhandlungen der internationalen Konferenz nicht nur unsere sozialistische Denkschrift, sondern auch die der Sozialisten beizugeben und lebhaft zu unterstützen, sondern auch die Grundzüge gemacht werden soll. Bei einem solchen Verfahren könnte von einer Verständigung nicht die Rede sein. Es bedingte vielmehr unsere vorherige Unterordnung unter das Gebot der anderen Seite. Ein solches Verhalten müßte wohl entschlossen abgelehnt werden. Es wäre auch nicht in Übereinstimmung mit den oben zitierten Ausführungen der Londoner Denkschrift. Denn danach soll die internationale Konferenz den Delegierten Gelegenheit zur vollen offenen Darlegung ihrer Stellung geben, wobei berührt werden soll, „durch gegenseitige Uebereinstimmung“ einen gemeinsamen Standpunkt zu erlangen.

Was so hat die internationale Konferenz einen Zweck und nur so kann sie ihrer großen Aufgabe gerecht werden. Wenn also Sondergen die Frage an uns richtet: „Wir müssen wissen, ob die deutsche Arbeiterpartei wirklich nicht in der Lage ist, mit uns zusammen eine gemeinsame Erklärung in der ethischen Frage zu finden, von deren Regelung die Dauerhaftigkeit des Friedens abhängt“, so können wir nur antworten, daß wir das nicht nur bereit sind.

Zu diesen Ausführungen des Genossen Ebert hat Arthur Denderson Stellung genommen, worüber uns ein Telegramm vom 13. September unterrichtet. Denderson sagte, es sei wichtig, daß Ebert und seine Kollegen sich vergegenwärtigen, daß es sich dabei um mehr als um Fragen über die Art des Verfahrens handelte, und daß der Konflikt ein solcher zwischen zwei Formen von Regierung und das G. u. V. Prinzipial beruhe, auf dem die organisierte Gesellschaft aufgebaut sein sollte. Es handle sich nicht in sehr darum, jeden Teil und jede Klausel des Londoner Memorandums anzunehmen, sondern darum, klar zu machen, daß die deutschen Sozialisten die Interessen der Weltbevölkerung über das nationale Eigeninteresse stellen und bereit sind, die ebeigenen Beiträgen der in Deutschland herrschenden Klasse bis zu den äußersten Grenzen ihrer Mittel zu bekämpfen.

Der Vorwärts bemerkt zu diesen Ausführungen:

Die Äußerung Dendersons zeigt ein bemerkenswertes Ansehen über die Auffassungen. Genosse Ebert hatte keinen Zweifel daran geteilt, daß die deutsche Sozialdemokratie die Grundzüge der Weltbevölkerung der Weltverhältnisse akzeptiert, er hatte aber betritten, daß diese Grundzüge im Londoner Memorandum nach allen Seiten gerichtet angewendet werden, und er hat sich namens der Partei gemeldet, eine vorbehaltlose Unterordnung unter die Bedingungen des Londoner Memorandums zu vollziehen. Denderson erklärt nun, daß er von der deutschen Sozialdemokratie nicht die Annahme, jedes Zeils und jeder Klausel ihrer Denkschrift verlange, sondern nur von ihr fordere, daß sie das Interesse der Weltbevölkerung über das nationale Interesse stelle. Diese Forderung zu erfüllen, sind die deutschen Sozialdemokraten mindestens ebenso bereit, wie die Sozialisten der anderen Länder, an die Dendersons Forderung sinngemäß ebenso gut gerichtet ist wie an die deutschen.

Es wäre also nach diesen Auseinandersetzungen die Bahn frei für eine internationale Friedenskonferenz, an der die Sozialisten aller Länder und aller Richtungen teilnehmen könnten. Sollte wir wir unüberwindlich hoffen, die gegenwärtig lagende internationalisierte Konferenz für eine internationale Konferenz im Sinne Dendersons entstehen, dann sind die sozialistischen Arbeiterparteien bereit, dem Kampf um den Kampf gegen die eigenen feindseligen Regierungen.

London, 17. September. Die internationalisierte Arbeiterkonferenz zur Besprechung der Fragen, die sich aus dem Krieg ergeben, wurde heute eröffnet. Es waren achtzig Teilnehmer eingetroffen, u. a. Albert Thomas, Comper, Vandervelde, Rosetti und Denderson.

### Die Grundzüge für die sozialistischen Friedensverhandlungen

Troczka hat, wie die Frankfurter Zeitungen auf dem Wege über den Haag erzählt, in Frankfurt a. M. eine Versprechung mit Genossen Ebert gehabt, in der Ebert auf verschiedene Punkte von Troczka vorgelegte Fragen Antwort erteilt hat. Ebert sagte, es sei angenehm, daß die Regierungen im preußischen Reichshaus in der nächsten Woche zu Ende gehen. Wenn die Regierungen nicht zum gleichen Wahlrecht führen und die Regierung darauf den preußischen Landtag nicht auflöse, würden wir in die stärkste Opposition eintreten. „Wegen Preußens“ erklärte Troczka sich auf die Erklärungen Schwedens, die in dem Bericht über den letzten alliierten Friedenskonferenz stehen. Von einem bedingungslosen Festhalten an unserem Sozialdemokratischen Memorandum kann keine Rede sein. Ich habe bereits im Vorwärts erklärt, daß wir bereit sind, auf einer internationalen Konferenz uns auf den Boden des neutralen Memorandums des holländischen Komitees zu stellen. Ich habe auch schon in der Frage des Memorandums auf dem vorigen nach. In der belgischen Frage steht zwischen uns und dem neutralen Memorandum lediglich eine Meinungsverschiedenheit wegen des Schabener Absatzes. Dies ist jedoch eine Frage, die man auf mündlichen Wege zu erledigen hat. Unser Standpunkt in der ethischen Frage muß wir aufrechterhalten, aber es ist selbstverständlich, daß wir bereit sind, unseren Standpunkt bei den Erörterungen näher zu begründen.

Troczka empfing von der deutschen Parteileitung die grundsätzliche Antwort zu veröffentlichen. Troczka sagt nicht, um die Bedeutung dieser Erklärung zu begreifen, müssen wir näher auf dem Bericht über die Sitzung mitgeteilt werden. Er enthält die Erklärung, daß die deutsche Sozialdemokratie die stärkste Opposition führen werde, falls die deutsche Regierung ein Anerkennen, über den Frieden zu verhandeln, aus dem Grunde verweigere, weil auch die im Dreier Friedensvertrag enthaltenen Punkte von neuem in ihrer alten Fassung in Betracht kommen werden sollen. Troczka nimmt dann Bezug auf den wiedereröffneten Artikel Eberts zur Frage der internationalen Konferenz und sagt schließlich: Die Erklärung der deutschen Partei, die wir in der Schabener Erklärung von dem neutralen Programm abweichend ist, also nicht, als ein nach vornwärts. Troczka nimmt am Schluß zu der Überzeugung, daß die Grundzüge für die sozialistischen Friedensverhandlungen gegeben sei.

### Der Krieg zur See.

9 Ballone und am 15. September 28 Ballone und 15 Ballone abgeschossen. Das Jagdgeschwader 2 erzielte am 14. September 14 15 Luftschiffe 2 Jagdflugzeuge erzielte die Zahl ihrer Siege auf 100. Den Angriffssieger unserer Jagdflieger teilnehmend die Leistungen des Leutnants Buchner, der am 14. September allein 6 feindliche Flugzeuge zum Absturz brachte, des Oberleutnants Freiler, von Sonntag und des Leutnants Müller, die an diesem Tage je 4 feindliche Flugzeuge abgeschossen, und des Leutnants von Sandemann, der in den letzten 3 Tagen 7 feindliche Flugzeuge vernichtete. Dem feindlichen Verlust von 85 Flugzeugen und 25 Ballonen steht in den drei Tagen ein eigener von 10 Flugzeugen und 27 Ballonen gegenüber. Auf das vorliegende Triumpfschiff der feindlichen Presse über die angeblich entlich gewordenen Verluste unserer Jagdflieger, die eine wahrhaft deutsche Antwort.

### Der Krieg zur See.

16. Berlin, 17. September. (Mitteil.) Unserer Mittelmee-Flotte verlor 9000 B.-M.-S. Schiffswarm.

Der Chef des Admirals Haupt des Marine-

### Oesterreichischer Heeresbericht.

Wien, 17. September. (Mitteil.)

### Jugoslawischer Kriegsausflug.

Zwischen der Draua und dem Monte Solovio gegen die Jullierer gefochten sich nachher bis zum Zusammenstoß geistiger Artillerieverbände zum Ausgange an. Ihre Stützpunkte wurden im Montezel und vor dem G. Capello über Feuer zurückgeworfen. Auf dem Monte Solovio ist unter der Wirkung unserer Batterien eine feindliche Batterie niedergeschlagen. Auf dem Monte Solovio und auf dem Monte Solovio kam es zu heftigen Kämpfen, in denen der feindliche Widerstand vielfach wurde. In anderen Abteilungen lebhaft Jägerkämpfe.

### Deutscher Kriegsausflug.

Der den Österreichisch-ungarischen Truppen keine größeren Kampfhandlungen.

### Die „freie“ Presse.

#### Eine Antwort an Herrn v. Hinge.

Bei dem Besuche deutscher Pressevertreter in Wien wandte sich der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, Herr Hinge, mit einer Ansprache an die Zeitungsleute. Er sagte dabei u. a.: „Wie in Deutschland und Österreich-Ungarn halten an einer freien Presse fest, unter dem Vorwand der Pressefreiheit. Bei einem Gegner dagegen stehen die Journalisten unter der Kontrolle des Staates.“

Dazu bemerkt die Wiener Arbeiter-Zeitung:

„Der Leser der Arbeiter-Zeitung glaubt sich geteilt und vornehmlich überzeugen können, wie wir an der freien Presse festhalten. Früher einmal hat sich die Zensur mit weichen Fäden bemißt. Jetzt bekommen die Leser immer mehr ganze weiche Seiten freier. So halten wir an der freien Presse fest. Aber um die Freiheit der Presse allein handelt es sich nicht, vielmehr die Sache auch, wenn es sich nur darum handelte. Es handelt sich um mehr. Es handelt sich um den Frieden. Hier ganz klar und in der Arbeiter-Zeitung in kurzer Frist unterdrückt worden. Alle diese Artikel handelten vom Frieden. Freilich, sie sprachen über den Frieden nicht so, wie der Herr Graf Burian über ihn spricht und wie die dem Herrn Grafen Burian dienbaren Zeitungen über ihn reden. Intere-Artikel haben nicht die Illusion zu nähren gewollt, daß wir dadurch zum Frieden kämen, daß die Herren Minister maßlose Reden hielten; daß sie einmal die Feinde bekämpften und daß anderenmal die Feinde zu überreden suchen. Unsere Artikel haben vielmehr die Ueberzeugung zu verbreiten und zu vertiefen gesucht, daß der Friede ganz bestimmte Voraussetzungen hat, ohne deren Erfüllung nach unserer Ueberzeugung die künftigen Friedensverhandlungen fruchtlos bleiben werden. Unsere Artikel haben die Frage zu beantworten gesucht, was in Deutschland und was in Österreich-Ungarn geschehen muß, damit der Friedenswille der Völkern in den feindseligen Ländern gestärkt, der Kriegswille der Regierungen in den feindseligen Ländern gebrochen werde. Unsere Artikel haben daraufhin versucht, welche inneren Reformen in Deutschland und in Österreich-Ungarn den Weg zum dauerhaften Frieden bahnen würden. Das ist, worüber wir nicht reden dürfen.“

### Politische Uebersicht.

#### Deutsches Reich.

#### Einberufung des Parteiaususses.

Zu unserer gestrigen Mitteilung, daß die sozialdemokratische Fraktion zu einer Sitzung für nächsten Montag einberufen worden ist, ist ergänzend zu berichten, daß auch der Parteiausflug für Montag einberufen worden ist, um mit der Fraktion gemeinsam zu tagen. Es bereiten sich wichtige Entscheidungen vor.

#### Annäherung der Nationalliberalen an die Mehrheit?

Das Berliner Tageblatt meldet: In der gestrigen Sitzung der nationalliberalen Reichstagsfraktion wurden, wie wir hören, vor allem die Differenzen behandelt. Die Fraktion beschloß mit allen gegen eine Stimme, dem bereits angekündigten Austauschvertrag mit der Sozialdemokratie zuzustimmen. Die Grundzüge der Rede des Reichstagspräsidenten von Bayer billigte die Fraktion nahezu einstimmig. Sie betrafte sie als brauchbare Richtlinien für eine feste Außenpolitik. Im Zusammenhang mit der Behandlung der Kriegsausflug lebte die Ermöglichung über die weitere parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion in internationalen Beratungen der nationalliberalen Fraktion ursprünglich fest, wieder in enger Fühlung zu kommen, hat ohne Zweifel an Boden gewonnen. Ein formeller Beschluß wurde nicht gefaßt.

#### Die Wahlreform im Reichshaus.

Gegenstand der Verhandlung am Dienstag war der Artikel des Reichstagspräsidenten über die Wahlreform. Die Fraktion beschloß mit allen gegen eine Stimme, die Fragen der Abgrenzung der Wahlbezirke und der Verhältniswahl beizutreten, ohne daß sich eine entscheidende Stellungnahme der Kommission für oder gegen die Verhältniswahl ergeben hätte. Von der einen Seite wurde die Wirkung der Verhältniswahl auf die Wahlreform im Osten dargestellt, von anderer Seite wurde von ihr ein Schutze der bürgerlichen Minderheiten in den Großstädten erhofft. Dagegen wurden auch erhebliche Bedenken gegen die Verhältniswahl geltend gemacht und es wurden andere Maßnahmen zur Erreichung der genannten Ziele vorgeschlagen.

Die Kommission beschloß sodann, in der morgigen Sitzung in die allgemeine Beratung der Reichshausvorlage einzutreten. Das Haus hat geborenen Beschlusses wurde also mit der ersten Beratung der Wahlreformvorlage fertig. Die Regierung weiß, wozu sie ist. Wann wird nun die Ausführung kommen?

#### Ein nationalliberaler Protest gegen Herrn v. Papen.

Der Landesausflug der Bayerischen Nationalliberalen war für den vorigen Sonntag nach Stuttgart zusammenberufen, um zu der Rede des Reichstagspräsidenten v. Papen Stellung zu nehmen. Die Tagung nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Der zu Stein lagende Landesausflug der Nationalliberalen Partei Bayerns unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten v. Papen, der am 12. September 1918 im Reichshaus stattfand, wurde von den Nationalliberalen Bayerns mit Interesse und Interesse verfolgt. Der Reichstagspräsident v. Papen, der am 12. September 1918 im Reichshaus stattfand, wurde von den Nationalliberalen Bayerns mit Interesse und Interesse verfolgt. Der Reichstagspräsident v. Papen, der am 12. September 1918 im Reichshaus stattfand, wurde von den Nationalliberalen Bayerns mit Interesse und Interesse verfolgt.“

Dieser abstimmigen Nationalliberalen scheint für die Not der Zeit noch nicht ein Sommer auszugehen zu sein.

### Der Krieg im Westen.

#### Der deutsche Abendbericht.

mit. Berlin, 17. September 1918 abends. (Mitteil.)

Zwischen Wlitzke und Hissa feierten unsere Angestellte des Bundes. Von den anderen Fronten nichts Neues.

in. Berlin, 17. September. (Mitteil.) Über den Schicksal von Verdun erlangen unsere Luftstreitkräfte am 13., 14. und 15. September trotz vollkommener feindlicher Ueberlegenheit und massiver Artillerie wieder einig bedeutende Erfolge. Die überlegene Luftkraft unserer Jagdflieger ermöglichte unsere Arbeitsflugzeuge und Ballone die oft unbemerkte Unterführung der kämpfenden Erdtruppen. An den drei Tagen schossen unsere Jagdflieger dort 44 feindliche Flugzeuge und 8 Ballone ab. Nachträgliche Feststellungen haben ergeben, daß in den letzten drei Tagen 14 feindliche Flugzeuge in der gesamten Front wurden am 13. September 21 feindliche Flugzeuge und 1 Ballon, am 14. September 46 feindliche Flugzeuge und



